



# Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

**10.0480.03**

JSD/P100480  
Basel, 6. April 2011

Regierungsratsbeschluss  
vom 5. April 2011

## Bericht

zur

**Kantonale Volksinitiative „für einen sicheren Kanton Basel-Stadt (Sicherheitsinitiative)“**

## 1. Ausgangslage

Mit Verfügung vom 22. März 2010 hat die Staatskanzlei die Initiative „für einen sicheren Kanton Basel-Stadt (Sicherheitsinitiative)“ für zustande gekommen erklärt. Mit Bericht vom 10. Juni 2010 beantragte der Regierungsrat dem Grossen Rat, die Initiative für rechtlich zulässig zu erklären. Diesem Antrag folgte der Grosse Rat mit Beschluss vom 8. September 2010. Mit Bericht vom 9. September 2010 beantragte der Regierungsrat dem Grossen Rat, ihm die Initiative zur Berichterstattung zu überweisen. Antragsgemäss beschloss der Grosse Rat am 13. Oktober 2010 die Initiative dem Regierungsrat zur Berichterstattung bis zum 13. April 2011 zu überweisen.

Bei der Initiative handelt es sich um ein unformuliertes Volksbegehren mit folgendem Wortlaut:

*„Es ist zu gewährleisten, dass durch die Kantonspolizei Basel-Stadt im Vergleich zu heute mindestens ein Drittel mehr Stunden uniformierte sichtbare Präsenz pro Jahr geleistet wird. Davon müssen mindestens 40 Prozent für die Gewährleistung der Sicherheit in den Quartieren und mindestens 20 Prozent im Bereich Gewaltprävention verwendet werden.“*

Das Justiz- und Sicherheitsdepartement hat das Volksbegehren im Auftrag des Regierungsrates umfassend geprüft. In der Folge konnte sich der Regierungsrat anlässlich einer Klausur unter Beisein des Polizeikommandanten und seines Stellvertreters einerseits davon überzeugen, dass die objektive Sicherheitslage im Kanton Basel-Stadt – gerade auch im Vergleich zu anderen Städten – gut ist. Für eine flächendeckende Erhöhung der Polizeipräsenz gemäss der vorliegenden Initiative besteht deshalb aus Sicht des Regierungsrates kein Anlass. Andererseits gelangte er zur Erkenntnis, dass infolge gesellschaftlicher Entwicklungen einzelne „Hot Spots“ in den Quartieren und im Zentrum der Stadt Basel im Sinn von Schwerpunkten gezielter polizeilich betreut werden müssen. Eine verstärkte Polizeipräsenz an den „Hot Spots“ wirkt sich gleichzeitig positiv auf das für die Bevölkerung an Bedeutung zunehmende Sicherheitsgefühl aus.

Der Regierungsrat sieht deshalb vor, das Budget des Justiz- und Sicherheitsdepartements ab 2012 stufenweise aufzustocken, damit bei der Kantonspolizei Basel-Stadt über einen Zeitraum von vier Jahren 45 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten eingestellt werden können. Mit dieser Aufstockung folgt der Kanton Basel-Stadt einem auch in anderen Teilen der Schweiz zu beobachtenden Trend. So hat beispielsweise der Grosse Rat des Kantons Thurgau Mitte Januar 2011 beschlossen, die Kantonspolizei bis ins Jahr 2016 um 54 Polizistinnen und Polizisten aufzustocken. Nachfolgend soll erläutert werden, von welchen Überlegungen sich der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt bei seiner Entscheidung leiten liess.

## 2. Gesellschaftliches Umfeld, subjektives Sicherheitsempfinden und objektive Sicherheit

### 2.1 Gesellschaftliches Umfeld

Der gesellschaftliche Wertewandel der vergangenen Jahrzehnte hat vor den Toren Basels nicht Halt gemacht. Zunehmende Liberalisierung der Öffnungszeiten, gestiegene Mobilität und verändertes Freizeitverhalten tragen dazu bei, dass auch im Stadtkanton der Trend zu einer „24-Stunden-“, einer „Freizeit-“ oder einer konsumorientierten „Erlebnis-Gesellschaft“ zunehmend spürbar ist. Der Rhein und die Plätze in der Stadt schaffen namentlich während den Sommermonaten eine mediterrane Atmosphäre. Der öffentliche Raum erfährt eine intensive Nutzung mit allen positiven wie negativen Begleiterscheinungen. Letzteren gilt es vornehmlich mit geeigneten Strategien zu begegnen – auch weil sie sich potentiell nachteilig auf das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung auswirken: Lärm, gesteigener Alkoholkonsum, nicht zuletzt bei Jugendlichen oder Littering. Die gestiegene Mobilität verstärkt die Funktion von urbanen Zentren, wie der Grenzkanton Basel-Stadt in der trinationalen Oberrheinregion eines ist, als Treffpunkt und Publikumsmagnet für die verschiedenen Spielarten des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens. Der Angebotsausbau im öffentlichen Verkehr – zum Beispiel Shuttle-Bus oder Nachtbus – fördern diese Entwicklung.

Zum Wertewandel gehören auch jene Erscheinungen, die sich in den Begriff „Ich-Gesellschaft“ fassen lassen. Einst sinnstiftende Instanzen wie Kirchen, Parteien oder Vereine verlieren an Bedeutung, die „Selbstverwirklichung“ wird zum Gebot – auch zum Preis, dass die soziale Kontrolle abnimmt.

### 2.2 Sicherheitsempfinden

Die Baslerinnen und Basler haben allerdings trotz solcher Entwicklungen ein hohes Sicherheitsempfinden. Dies geht etwa aus der Bevölkerungsbefragung 2007 hervor. Damals gaben 50 Prozent der Befragten an, sie würden sich im Alltag „sehr sicher“ fühlen. „Eher sicher“ antworteten 44,5 Prozent der Befragten. Dieses Bild bestätigt sich in der 2009 veröffentlichten KONSΟ-Studie „Der Basler und seine Polizei“. Die jährlich schweizweit erhobene Sicherheitsstudie der ETH Zürich zeigt für das Jahr 2010 die nachstehenden Werte:

Sehr sicher	29%	VJ 33%
Eher sicher	59%	VJ 57%
Eher unsicher	11%	VJ 9%
Sehr unsicher	1%	VJ 1%
Insgesamt fühlen sich sehr / eher sicher	88%	VJ 90%

Gleichzeitig messen die Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz der persönlichen Sicherheit eine zunehmende Bedeutung zu. Dies zeigen die Sorgenbarometer-Umfragen, die das Forschungsinstitut gfs.bern jährlich im Auftrag der Credit Suisse durchführt. In den Jahren 1996 bis 2006 nannten durchschnittlich rund 15 Prozent der Befragten die „Persönliche Sicherheit“ als eines der fünf wichtigsten Probleme der Schweiz. Seit dem Jahr 2007 nimmt

dieser Anteil deutlich zu. Im Jahr 2010 lag er bei 28 Prozent. Er hat damit im Vergleich zum Jahr 2009 nochmals um drei Prozentpunkte zugelegt, wie aus folgender Darstellung hervorgeht:

Frage des gfs.bern: „Welches sind heute Ihrer Meinung nach die fünf wichtigsten Probleme in der Schweiz?“ (Mehrfachnennungen)

Arbeitslosigkeit	76%	+ 10
Altersvorsorge	45%	+ 9
Gesundheitswesen	41%	+ 5
Soziale Sicherheit	37%	+ 6
Ausländer	31%	+ 8
<b>Persönliche Sicherheit / Kriminalität / Gewalt in Stadien</b>	<b>28%</b>	<b>+ 3</b>
Europäische Integration	23%	+ 11
Flüchtlinge	19%	+ 2
Neue Armut	18%	- 4
Umweltschutz	18%	+ 1
Inflation	15%	+ 1
Globalisierung	14%	+ 3
Finanzkrise	13%	- 16
Wirtschaftskrise	12%	- 15
...		
Armee	7%	+1

Die Verschiebungen in den Sorgenbarometer-Umfragen des gfs.bern verdeutlichen, dass das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung zugenommen hat.

### 2.3 Neue Akzentuierung bei Delikten

Seit einiger Zeit sind neue Akzentuierungen bei der Kriminalität zu beobachten. So erleben beispielsweise Jugendliche Gewalt heute anders als ihre Vorgängergenerationen. Die auf Schulhöfen oder anderen Plätzen sichtbare Gewalt unter Jugendlichen beispielsweise ist Ausdruck eines tieferen gesellschaftlichen Problems: Der zunehmenden Rücksichtslosigkeit im Umgang untereinander. Diese spiegelt sich in Phänomenen wie „Happy Slapping“ – gemeint ist das Filmen und spätere Veröffentlichen von echten oder gespielten Gewaltanwendungen –, die inzwischen auch in Basel feststellbar sind. Solche Phänomene stellen auch die Kantonspolizei Basel-Stadt vor neue Herausforderungen. Ähnlich verhält es sich mit dem Wunsch nach mehr Freiräumen, der sich zuweilen in Hausbesetzungen oder spontanen Parties äussert, die nicht selten mit erheblichen Sachbeschädigungen einhergehen.

Zu Sachbeschädigungen und Scharmützeln kam und kommt es seit einigen Jahren im Umfeld von Sportveranstaltungen, namentlich von Fussballspielen. Um der überwiegenden friedlichen Mehrheit der Fussballbegeisterten einen ungestörten Stadionbesuch zu ermöglichen, betreiben die Kantonspolizei Basel-Stadt und die Rettung Basel-Stadt wegen einer vergleichsweise kleinen Gruppe gewaltbereiter Fans in der „Fussball-Hochburg“ Basel einen grossen personellen und materiellen Aufwand. Der Erfahrung nach ist es äusserst schwierig

vorauszusehen, wann es zu gewalttätigen Begegnungen zwischen Fangruppierungen oder zwischen Fans und den Ordnungskräften kommt. Ähnlich verhält es sich bei Demonstrationen. Moderne Kommunikationsmittel – Internetforen, soziale Netzwerke, Mobiltelefone, Twitter etc. – erlauben es gewaltbereiten Personen, sich innert kürzester Zeit zu organisieren und Aktionen durchzuführen. Erinnert sei hier etwa an die grossen Sachbeschädigungen, die unbekannte Täter am 21. Mai 2010 in einer Blitzaktion in der Freien Strasse angerichtet haben. Solche Erscheinungen stellt die Polizei vor schwierige, neue Ausgangslagen – und dürften sich mittelfristig auf Umfragewerte zur subjektiven Sicherheit auswirken.

## 2.4 Objektive Sicherheit

Neben dem gesellschaftlichen Umfeld und der subjektiven Sicherheit ist auch die tatsächliche Sicherheitslage zu beleuchten. Aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) des Jahres 2009 und 2010 geht zunächst hervor, dass Basel-Stadt im Vergleich mit anderen Schweizer Städten gut abschneidet. Dieser Vergleich ist durch die Einführung von schweizweit einheitlichen Erfassungs- und Auswertungsprinzipien seit der PKS 2009 möglich; sie läutet den Beginn einer neuen Zeitreihe ein. Die nachstehenden Tabellen zeigen, wo Basel im Vergleich mit anderen Städten oder urbanen Zentren steht.

<b>Kriminalitätsbelastung nach Strafgesetzbuch (StGB)</b>						
Straftaten pro 1000 Einwohnern im Vergleich						
	<b>Straftaten</b>		<b>Einwohner</b>		<b>Häufigkeit</b>	
	2009	2010	2009	2010	2009	2010
Stadt Genf	34'954	33'371	183'287	185'958	190,7	179,5
Stadt Lausanne	21'548	18'477	122'284	125'885	176,2	146,8
Stadt Bern	21'198	18'426	122'925	123'466	172,4	149,2
Stadt Zürich	57'706	51'080	365'132	368'677	158,0	138,5
<b>Basel-Stadt</b>	<b>20'467</b>	<b>19'812</b>	<b>186'672</b>	<b>187'898</b>	<b>109,6</b>	<b>105,4</b>
Stadt Winterthur	8'514	8'328	98'238	99'377	86,7	83,8
Schweiz	553'421	527'987	7'701'856	7'785'806	71,9	67,8

(Quellen: PKS 2009 und 2010)

<b>Kriminalitätsbelastung nach Betäubungsmittelgesetz (BtmG)</b>						
Straftaten pro 1000 Einwohnern im Vergleich						
	Straftaten		Einwohner		Häufigkeit	
	2009	2010	2009	2010	2009	2010
Stadt Bern	6'671	6'967	122'925	123'466	55,9	56,4
Stadt Lausanne	5'592	5'528	122'284	125'885	45,7	43,9
Stadt Genf	8'111	8'297	183'287	185'958	44,3	44,6
Stadt Zürich	11'936	11'719	365'132	368'677	32,7	31,8
Stadt Winterthur	2'014	2'153	98'238	99'377	20,5	21,7
<b>Basel-Stadt</b>	<b>3'227</b>	<b>3'243</b>	<b>186'672</b>	<b>187'898</b>	<b>17,3</b>	<b>17,3</b>
Schweiz	85'742	89'173	7'701'856	7'785'806	11,1	11,45

(Quellen: PKS 2009 und 2010)

<b>Kriminalitätsbelastung nach Ausländergesetz (AuG)</b>						
Straftaten pro 1000 Einwohnern im Vergleich						
	Straftaten		Einwohner		Häufigkeit	
	2009	2010	2009	2010	2009	2010
Stadt Genf	2'492	2'430	183'287	185'958	13,6	13,1
Stadt Lausanne	1'066	1'546	122'284	125'885	8,7	12,3
Stadt Zürich	2'572	3'326	365'132	368'677	7,0	9,0
Stadt Bern	617	937	122'925	123'466	5,0	7,6
<b>Basel-Stadt</b>	<b>883</b>	<b>657</b>	<b>186'672</b>	<b>187'898</b>	<b>4,5</b>	<b>3,5</b>
Stadt Winterthur	352	313	98'238	99'377	3,6	3,1
Schweiz	27'056	28'943	7'701'856	7'785'806	3,5	3,7

(Quellen: PKS 2009 und 2010)

In Basel-Stadt war die Zahl der Anzeigen ab 1978 gemäss Statistik der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt zunächst stetig angestiegen: von rund 17'000 auf 30'395 im Jahr 2004. Seither ist ein Abwärtstrend zu verzeichnen. Die PKS weist für den Stadtkanton für das Jahr 2009 insgesamt 23'694 und für das Jahr 2010 insgesamt 23'055 Anzeigen aus (dabei sind jene nicht eingerechnet, die das Ausländergesetz betreffen). Gesamthaft betrachtet hat sich die Sicherheitslage in Basel-Stadt seit dem Jahr 2005 also verbessert.

Der erwähnte Rückgang bei den Anzeigen verläuft indes nicht bei allen Deliktsarten gleich. So ist etwa die Zahl der Gewaltstraftaten, deren Wahrnehmung für das Sicherheitsgefühl besonders prägend ist, schwankend und hat sich in verschiedenen Deliktsbereichen unterschiedlich entwickelt.

Vorab ist aber festzuhalten, dass in der Schweiz – und so auch in Basel-Stadt – der überwiegende Teil der beanzeigten Delikte den Vermögensbereich betrifft:

<b>Verteilung der Straftaten nach Titeln des StGB</b>								
	<b>Schweiz</b>				<b>Basel-Stadt</b>			
	2009		2010		2009		2010	
Vermögen	399'470	72,0%	378'581	71,7%	15'441	75,4%	14'777	74,6%
Freiheit	74'982	14,0%	73'707	14,0%	2'078	10,2%	1'992	10,1%
Leib und Leben	29'340	5,0%	28'237	5,3%	1'417	6,9%	1'429	7,2%
Öffentliche Gewalt	7'490	1,0%	7'898	1,5%	223	1,1%	200	1,0%
Sexuelle Integrität	6'648	1,0%	6'321	1,2%	251	1,2%	240	1,2%
Übrige Titel	35'490	6,0%	33'153	6,3%	1'057	5,2%	1'174	5,9%
<b>Total</b>	<b>553'420</b>	<b>100,0%</b>	<b>527'897</b>	<b>100,0%</b>	<b>20'467</b>	<b>100,0%</b>	<b>19'812</b>	<b>100,0%</b>

(Quellen: PKS 2009 und 2010)

Nachstehende Übersicht zeigt die Veränderung der Verteilung der Straftaten nach Titeln des Strafgesetzbuches. Besonders deutlich war der Anstieg im Jahr 2009 insbesondere bei den Delikten gegen Leib und Leben, gegen die öffentliche Gewalt sowie gegen die sexuelle Integrität. Auch wenn bei zwei von diesen drei Deliktsarten die Zahl der Anzeigen wieder rückläufig ist, ist sie nach wie vor höher als im Jahr 2008.

<b>Veränderung der Verteilung der Straftaten nach Titeln des StGB</b>					
<b>Basel-Stadt</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>Veränderung</b>	<b>2010</b>	<b>Veränderung</b>
Vermögen	15'387	15'441	0%	14'777	- 4%
Freiheit	1'968	2'078	6%	1'992	- 4%
Leib und Leben	1'284	1'417	10%	1'429	1%
Öffentliche Gewalt	189	223	18%	200	- 10%
Sexuelle Integrität	231	251	9%	240	- 4%
Übrige Titel	1'033	1'057	2%	1'174	11%
<b>Total</b>	<b>20'092</b>	<b>20'467</b>	<b>2%</b>	<b>19'812</b>	<b>- 3%</b>

(Quellen: PKS 2009 und 2010)

Verglichen mit dem Jahr 2009 ist im Jahr 2010 auf gesamtschweizerischer Ebene eine Abnahme der Gewaltstraftaten zu verzeichnen. Dies trifft auch für den Kanton Basel-Stadt hinsichtlich der schweren Gewaltstraftaten zu (Tötungsdelikte gemäss Art. 111 bis 113 StGB, schwere Körperverletzung gemäss Art. 122 StGB, Geiselnahme gemäss Art. 185 StGB, Vergewaltigung gemäss Art. 190 StGB, schwerste Form von Raubdelikten gemäss Art. 140 Ziff. 4 StGB).

Im Gegenteil liegt der Kanton Basel-Stadt jedoch bei den minderschweren Gewaltdelikten, bei welchen ein leichter Anstieg festzustellen ist. Dieser ist auf eine höhere Anzahl einfacher Körperverletzungen gemäss Art. 123 StGB (2009: 481, 2010: 559), Beteiligungen an Raufhandel und Angriff gemäss Art. 133 und 134 StGB (2009: 29, 2010: 81 bzw. 2009: 79, 2010: 122) sowie minderschwerer Raubdelikte gemäss Art. 140 Ziff. 1 bis 3 StGB (2009: 162, 2010: 178) zurückzuführen. Insgesamt befindet sich die Zahl der Gewaltstraftaten aber Vorjahreshöhe.

<b>Gewaltstraftaten Schweiz</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>Veränderung</b>
Schwere Gewalt (angewandt)	1'471	1'289	- 12%
Minderschwere Gewalt (angewandt/ evt. angedroht)	35'886	33'837	- 6%
Minderschwere Gewalt (angedroht)	12'035	11'286	- 6%
Total	49'392	46'412	- 6%
Anteil an allen StGB-Straftaten	8,9%	8,8%	
<b>Gewaltstraftaten Basel-Stadt</b>			
Schwere Gewalt (angewandt)	71	48	- 32%
Minderschwere Gewalt (angewandt/ evt. angedroht)	1'721	1'740	1%
Minderschwere Gewalt (angedroht)	571	578	1%
Total	2'363	2'366	0%
Anteil an allen StGB-Straftaten	11,5%	11,9%	

(Quellen: PKS 2009 und 2010)

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die objektive Sicherheit in Basel insbesondere im Vergleich zu anderen Städten gesamthaft betrachtet gut ist und sich auch im Jahr 2010 weiter verbessert hat. Allerdings nehmen bestimmte Gewaltstraftaten zu, welche eine regelmässige mediale Beachtung finden und so das Sicherheitsbedürfnis steigen lassen.

### 3. Polizeidichte und Struktur der Kantonspolizei Basel-Stadt

Per 30. Juni 2008 präsentierte sich die Polizeidichte im Kanton Basel-Stadt im Vergleich zu anderen Kantonen wie folgt:

Kanton	Bevölkerung Stand 31.12.2007	Polizistinnen und Polizisten mit voller Grundausbildung Stand 30.06.2008 (Soll-Bestand)	Polizeidichte
<b>Basel-Stadt</b>	<b>185'200</b>	<b>714,5</b>	<b>259</b>
Zürich	1'307'600	3'480	376
Schaffhausen	74'500	188,3	396
Genf	438'200	1'100	398
Neuenburg	169'800	418	406
Uri	35'000	82	427
Tessin	328'600	678	485
Zug	109'100	218	500
Graubünden	188'800	370	510
Bern	963'000	1'780	541
Waadt	672'000	1'225	549
Freiburg	263'200	472	558
Jura	69'600	123,95	561
Glarus	38'200	68	562
Luzern	363'500	631	576
Basel-Land	269'100	438,1	615
St.Gallen	465'900	731	637
Schwyz	141'000	218,4	646
Appenzell AR	52'700	79	667
Appenzell AI	15'500	23	674
Obwalden	34'000	50	680
Nidwalden	40'300	57	707
Wallis	298'600	420	711
Thurgau	238'300	330	722
Solothurn	250'200	345	725
Aargau	581'600	575	1'011
<b>Schweiz</b>	<b>7'593'500</b>	<b>14'626,95</b>	<b>493</b>

\* Aus Vorlage Stadtparlament St. Gallen vom 16.02.2010  
„Personalaufstockung Stadtpolizei 2010-2013; erster Schritt“

Aus der Tabelle geht zunächst hervor, dass Basel-Stadt die höchste Polizeidichte aufweist. Die Aussagekraft dieses Vergleichs ist allerdings zu relativieren. So nimmt die Kantonspolizei Basel-Stadt im Gegensatz zu anderen kantonalen Polizeien beispielsweise auch kommunale Aufgaben wahr und bleiben vorliegend spezifische urbane Problemstellungen unberücksichtigt.

Per 1. Januar 2011 hat die Kantonspolizei einen Personalbestand von 808 Soll-Stellen, wovon 630 Polizistinnen und Polizisten sind (abgezogen sind bereits diejenigen Korpsangehörigen, die im Zusammenhang mit der neuen Strafprozessordnung zur Kriminalpolizei der Staatsanwaltschaft [97 Stellen] gewechselt haben). Die Mitarbeitenden sind in folgende Kategorien gegliedert:

- a) Uniformierte sichtbare Präsenz: 450 Stellen
- b) Polizisten mit Spezialaufgaben: 180 Stellen
- c) Polizeidienstangestellte: 55 Stellen
- d) zivile Mitarbeitende: 123 Stellen

Anfangs Januar 2011 zählte der Kanton Basel-Stadt 190'612 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Polizeidichte bewegt sich somit auf vergleichbarem Niveau wie 2008.

#### **4. Veränderte Anforderungen an die Kantonspolizei Basel-Stadt**

Gemäss allgemeinem Auftrag nach Polizeigesetz sorgt die Kantonspolizei für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie für die Einhaltung der Gesetze. Insbesondere die unter vorstehendem Punkt 2 erläuterten gesellschaftlichen Entwicklungen führen einerseits dazu, dass die Kantonspolizei einer Vielzahl von neuen Phänomenen auf geeignete Weise begegnen muss und andererseits für die Erfüllung der einzelnen Aufgaben zunehmend mehr Personal einzusetzen hat. Dies sei anhand folgender Beispiele erläutert:

Wie erwähnt haben einige Deliktsformen, insbesondere Gewaltdelikte, über die letzten Jahre eine stete Zunahme erfahren. Diese Akzentuierung wirkt sich auf den Ressourceneinsatz der Kantonspolizei aus: Während beispielsweise vor rund 15 bis 30 Jahren pro Einsatzfall mit möglichem Gewaltpotenzial eine Patrouille (zwei Personen) ausreichte, sind dies heute – auch zum Schutz der Mitarbeitenden – bis zu drei Patrouillen (sechs Personen).

Der Anstieg der Gewaltbereitschaft bei Fussballspielen hat in den letzten zehn Jahren zu einer erheblichen Mehrbelastung in Form von Extradiensten geführt. Die dabei auflaufende Überzeit muss während der Arbeitszeit wieder abgebaut werden, was die Polizeipräsenz entsprechend reduziert. Regelmässig muss auch innerhalb des Polizeikonkordats Nordwestschweiz Unterstützung angefordert werden. Dies stösst bei den anderen Kantonen des Konkordats (AG, BE, BL, SO) indes zunehmend auf Widerstand, da auch dort die Belastungen zunehmen.

Ressourcenintensiver ist sodann die polizeiliche Betreuung der Begegnungs- und Freizeiträume, wie beispielsweise das Rheinbord oder der Barfüsserplatz.

Muss zur Erledigung vordringlicher polizeilicher Aufgaben mehr Personal eingesetzt werden, kann dies einerseits dazu führen, dass einzelne „Hot Spots“ teilweise zuwenig polizeiliche Aufmerksamkeit erfahren. Dies wiederum lässt die Polizei für Teile der Bevölkerung als zu wenig präsent erscheinen.

#### **5. Gezielte Erhöhung der uniformierten Polizeipräsenz**

Entgegen der Stossrichtung der Initianten ist der Regierungsrat der Ansicht, dass eine flächendeckende prozentuale Erhöhung der Polizeipräsenz in den Quartieren nach dem Giesskannenprinzip nicht zielführend ist. Denn die Kriminalitätsslage hat sich gesamthaft mehrheitlich positiv verändert. Die vorstehend erwähnten negativen Aspekte bestimmter gesellschaftlicher Entwicklungen erfordern aber ein erhöhtes Mass an polizeilicher Intervention. Zudem hat sich an gewissen neuralgischen Örtlichkeiten im Kanton der Bedarf nach einer grösseren Polizeipräsenz akzentuiert, weil eine sich verschlechternde objektive und subjektive Sicherheitslage zu verzeichnen ist. Als Beispiele sind der Claraplatz oder die Steinenvorstadt zu nennen. Hinzu kommen punktuell auftretende Problemzonen wie der Matthäuskirchplatz oder das St. Johann-Quartier.

Der Regierungsrat ist deshalb der Überzeugung, dass die Sicherheitslage durch gezielte Massnahmen verbessert werden soll. Dazu ist namentlich die uniformierte Polizeipräsenz zu erhöhen. Diese Erhöhung soll aber – entgegen der vorliegenden Initiative – nicht in direkter Relation zur heutigen Präsenz erfolgen, sondern nur in denjenigen Bereichen, in welchen es sachlich, zeitlich und örtlich angezeigt ist. Namentlich ist eine verstärkte Gewichtung der Bereiche Prävention und uniformierte Präsenz zur Schwerpunktbildung erforderlich.

## 6. Personelle Aufstockung der Kantonspolizei Basel-Stadt

Soll bestimmten Bereichen der Kantonspolizei mehr Gewicht verliehen werden, kommen die Ansätze Leistungsverschiebung, Effizienzsteigerung und Erweiterung des Personalkörpers in Betracht. Die ersten beiden Ansätze hat der Regierungsrat verworfen, denn die Kantonspolizei wurde kürzlich im Rahmen des Reorganisationsprojekts „Optima“ neu ausgerichtet und mit effizienten Strukturen versehen. Der Regierungsrat sieht deshalb vor, das Personal der Kantonspolizei Basel-Stadt über die Jahre 2012 bis 2015 um 45 Stellen aufzustocken. Davon sollen 36 Stellen auf den sogenannten Einsatzzug fallen, damit dieser neue Schwerpunkte bilden kann. Pro Tour stehen so sechs zusätzliche Vollzeitstellen zur Verfügung. Um weitere neun Stellen soll die Prävention aufgestockt werden. Davon sollen drei dem Community Policing und sechs den Präventionsbereichen Jugend- und Präventionspolizei sowie Kriminal- und Verkehrsprävention zukommen.

Wird die Kantonspolizei wie vorgesehen um insgesamt 45 Stellen aufgestockt, führt dies zu einer Erhöhung des Ordentlichen Nettoaufwands um CHF 6.05 Mio., die sich wie folgt über die Finanzplanperiode 2012 bis 2015 verteilt:

ONA-Erhöhung	2012	2013	2014	2015	Total (2016ff)
Personalkosten	CHF 1.375 Mio.	CHF 1.375 Mio.	CHF 1.375 Mio.	CHF 1.375 Mio.	CHF 5.5 Mio.
Wiederkehrende Sachkosten		CHF 0.183 Mio.	CHF 0.183 Mio.	CHF 0.183 Mio.	CHF 0.550 Mio.
<b>Total (wiederkehrend)</b>	<b>CHF 1.375 Mio.</b>	<b>CHF 1.558 Mio.</b>	<b>CHF 1.558 Mio.</b>	<b>CHF 1.558 Mio.</b>	<b>CHF 6.05 Mio.</b>
Einmalige Sachkosten	CHF 0.225 Mio.	CHF 0.2 Mio.	CHF 0.2 Mio.	CHF 0.2 Mio.	
<b>Total ONA-Erhöhung</b>	<b>CHF 1.6 Mio.</b>	<b>CHF 1.758 Mio.</b>	<b>CHF 1.758 Mio.</b>	<b>CHF 1.758 Mio.</b>	
<b>HC-Erhöhung</b>	<b>12</b>	<b>11</b>	<b>11</b>	<b>11</b>	<b>45</b>

Erfahrungswert: Wiederkehrende Sachkosten = 10% der wiederkehrenden Personalkosten.

## 7. Antrag

Das Begehren der vorliegenden Initiative nach einer flächendeckenden Erhöhung der uniformierten Polizeipräsenz schießt über das Ziel hinaus. Die Sicherheitslage in Basel ist im Vergleich mit anderen grossen Städten in der Schweiz gut. Bestimmte Bereiche und Aufgaben der Kantonspolizei erfordern aber verstärkte Gewichtung. Der Regierungsrat sieht deshalb vor, den Personalkörper der Kantonspolizei um 45 Stellen aufzustocken. Nach dem Gesagten beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, die Kantonale Volksinitiative „für einen sicheren Kanton Basel-Stadt (Sicherheitsinitiative)“ dem Volk gemäss dem nachstehenden Beschlussentwurf mit der Empfehlung auf Ablehnung und ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung zu unterbreiten.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin  
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatschreiberin

**Grossratsbeschluss**

**betreffend**

**Kantonale Volksinitiative  
„für einen sicheren Kanton Basel-Stadt (Sicherheitsinitiative)“**

vom

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, auf Antrag des Regierungsrates, beschliesst:

„Die mit 3193 Unterschriften zustande gekommene unformulierte Initiative „für einen sicheren Kanton Basel-Stadt (Sicherheitsinitiative)“ ist der Gesamtheit der Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Ablehnung und ohne Gegenvorschlag direkt zur Abstimmung zu unterbreiten.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.